

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten **Marlene Mortler, Ingbert Liebing, Dr. Michael Fuchs, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU** sowie der Abgeordneten **Horst Meierhofer, Jens Ackermann, Helga Daub, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP**  
– Drucksache 17/9570 –

**Tourismus in ländlichen Räumen – Potenziale erkennen, Chancen nutzen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten **Heinz Paula, Elvira Drobinski-Weiß, Hans-Joachim Hacker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**  
– Drucksache 17/9571 –

**Tourismus in ländlichen Räumen durch schlüssiges Gesamtkonzept stärken**

### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP setzen sich für eine Stärkung des Tourismus in ländlichen Regionen ein. Mit dem Antrag fordern sie u. a., sich bei den Bundesländern für eine Entzerrung des schulischen Ferienkalenders einzusetzen. Durch die Verlängerung der Hauptsaison würden mehr Familien in den Genuss gelangen, in deutschen Ferienregionen Landurlaub verbringen zu können, schreiben die Abgeordneten. Sie setzen sich ferner dafür ein, dass die Deutsche Zentrale für Tourismus e. V. (DZT) das Marktsegment Ländlicher Tourismus noch stärker aufgreift und Chancen und Potenziale des ländlichen Tourismus weiter aktiv voranbringt. Mit dem Themenjahr 2012 „Wein und Tourismus“ habe die DZT bereits einen wichtigen und erfolgreichen Schritt in diesem Sinne unternommen, heißt es in dem Antrag. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP verlangen darüber hinaus von der Regierung, weiterhin ausreichende finanzielle Mittel unter anderem für die touristische Entwicklung der ländlichen Räume im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) und der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) bereitzustellen. Schließlich fordern sie, dem Tourismus wegen seiner ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedeutung künftig im Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ ein eigenes Kapitel zu widmen.

Zu Buchstabe b

Die SPD-Fraktion fordert ein schlüssiges Gesamtkonzept für den Tourismus in ländlichen Räumen, das dessen wirtschafts-, gesellschafts-, sozialpolitische und ökologische Dimensionen berücksichtigt. Der Tourismus sei für ländliche Räume ein zentrales Zukunftsthema. Weiter wird die Bundesregierung aufgefordert, unter Hinzuziehung wissenschaftlicher Expertise eine bundesweite Grundlagenuntersuchung zu fördern, die belastbare Daten zum Tourismus in ländlichen Räumen als Wirtschaftsfaktor liefert. Jugendfreizeitheime, Jugendherbergen und Schullandheime sollen in ein Gesamtkonzept mit einbezogen werden, um damit gezielt Jugendlichen und Menschen mit geringem Einkommen einen Aufenthalt in ländlichen Räumen zu ermöglichen. Schließlich soll der Bauernhof- und Landtourismus als eigenes Schwerpunktthema in den tourismuspolitischen Bericht aufgenommen werden.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9570 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9571 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Kosten**

Wurden nicht diskutiert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/9570 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/9571 abzulehnen.

Berlin, den 24. Oktober 2012

### **Der Ausschuss für Tourismus**

**Klaus Brähmig**  
Vorsitzender

**Marlene Mortler**  
Berichterstatterin

**Heinz Paula**  
Berichterstatter

**Horst Meierhofer**  
Berichterstatter

**Kornelia Möller**  
Berichterstatterin

**Markus Tressel**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Heinz Paula, Horst Meierhofer, Kornelia Möller und Markus Tressel

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 182. Sitzung am 25. Mai 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/9570** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 182. Sitzung am 25. Mai 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/9571** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

### II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Sportausschuss** hat in seiner 61. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 82. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 79. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 81. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 82. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 74. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 71. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Sportausschuss** hat in seiner 61. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 82. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner 79. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 81. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 82. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 74. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 71. Sitzung am 24. Oktober 2012 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der Ausschuss für Tourismus hat die Anträge in seiner 65. Sitzung am 24. Oktober 2012 gemeinsam beraten. Nach Abschluss der Beratung hat der Ausschuss für Tourismus mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrags auf Drucksache 17/9570 zu empfehlen. Der Ausschuss hat ferner mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9571 zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, Ziel des Antrags der Koalitionsfraktionen sei es, den Tourismus im ländlichen Raum zu stärken. Gerade in einkommensschwachen Regionen sei der Tourismus ein wichtiger Motor, der dazu diene, Arbeitsplätze und damit Einkommen im ländlichen Raum zu erhalten. Die Koalitionsfraktionen würden sich in vielfältiger Weise, nicht nur mit diesem Antrag, dem Thema Tourismus in ländlichen Räumen widmen. Im Juni dieses Jahres habe die Koalition den Kongress „Ländliche Räume, regionale Vielfalt – wie gestalten wir die Zukunft?“ durchgeführt. Das rege Interesse und die vielfältige Resonanz auf diesen Kongress zeigten, dass das Thema auch für die Öffentlichkeit von Bedeutung sei. Diese positive Tendenz gelte es zu nutzen, um den ländlichen Tourismus noch intensiver zu fördern. Dazu sei es wichtig, dass die Deutsche Zentrale für Tourismus noch intensiver mit den Akteuren im ländlichen Tourismus ins Gespräch komme und dem Thema Landtourismus noch mehr Aufmerksamkeit widme. Zur Erhaltung für den Tourismus attraktiver ländlicher Räume seien weiterhin ausreichende Fördermittel erforderlich. Die Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK), der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) oder des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) seien wichtig und richtig. Herauszustellen sei, dass die Förderung des Tourismus bei der Neuausrichtung der EU-Strukturfonds und der Verordnung für den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) angemessene Berücksichtigung finde. Es sei aber auch notwendig, sich zwischen Bund und Ländern stärker zu vernetzen. Künftig müsse es regelmäßig Bund-Länder-Gespräche geben, die sich speziell dem Thema Tourismus im ländlichen Raum widmen.

Der Antrag der SPD-Fraktion werde abgelehnt, weil alle Akteure der Tourismuswirtschaft sich gegen ein Gesamtkonzept ausgesprochen hätten.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, der Tourismus in ländlichen Regionen verdiene endlich ein Gesamtkonzept auf der Grundlage einer innovativen, ressourcenschonenden, umwelt- und sozialverträglichen Politik für die ländlichen Räume. Dieses integrierte Konzept müsse dem Tourismus in seiner Querschnittsfunktion gerecht werden, ihn in den verschiedenen Ressorts besser verankern und ihm in der interministeriellen Zusammenarbeit und in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern endlich einen höheren Stellenwert einräumen. Der Plan für eine solche Ge-

samtkonzeption sei explizit im Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Es gebe zwar Handlungsempfehlungen zum Gesundheitstourismus oder ein Marketingkonzept zum Wassertourismus, aber keinerlei Ansatz für ein Gesamtkonzept. Mit einem solchen Gesamtkonzept, wie es die SPD-Fraktion fordere, ließen sich die enormen Potenziale, die der ländliche Tourismus biete, in allen Bereichen, z. B. der Gastronomie, dem Einzelhandel, dem Handwerk usw. besser ausschöpfen. Es sei zwar richtig, dass Tourismus Ländersache sei, doch sei bedauerlich, dass sich die Länder gegen eine Gesamtkonzeption ausgesprochen hätten. Der Bund müsse mehr koordinieren, auch wenn Bestrebungen hin zu einer „Kirchturmpolitik“ in den Ländern festzustellen seien. Dies zeige sich auch darin, dass das von einer Bund-Länder-Kooperation getragene überregionale Inlandsmarketing der DZT Ende 2011 beendet worden sei. Die freigewordenen Mittel kämen nicht mehr dem Tourismus zu Gute, sondern würden in den allgemeinen Haushalt fließen.

In beiden Anträgen gebe es zahlreiche übereinstimmende Punkte und es hätte die Chance bestanden, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Auf Seiten der Koalition habe es in dieser Hinsicht aber wenig Kooperationsbereitschaft gegeben. Da der Antrag der Koalition jedoch in weiten Bereichen unzureichend sei, könne die Fraktion der SPD diesen nicht unterstützen.

Die **Fraktion der FDP** verwies darauf, dass im Koalitionsvertrag zwar von einem Konzept für den ländlichen Raum gesprochen worden sei, die Diskussion inzwischen aber deutlich fortgeschritten sei. Praktisch alle Experten der Tourismuswirtschaft, die Marketingorganisationen der Länder und auch die Verbände lehnten ein einheitliches Konzept ab und rieten zu einem Ansatz, wie es die Bundesregierung mit dem Projekt „Tourismusperspektiven in ländlichen Räumen“ verfolge. Die besondere Stärke des Projekts bestehe in seiner konsequenten Ausrichtung an den Anforderungen der Praxis. Anfang 2013 sollten Handlungsempfehlungen, Leitfäden und konkrete Checklisten erarbeitet, gute Praxisbeispiele ermittelt und herausgestellt werden. Die positive Resonanz bei der Präsentation von Zwischenergebnissen auf vier Regionalkonferenzen Anfang Oktober bestätigten das Projektkonzept. Der Antrag der Fraktion der SPD sei daher abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** kritisierte, dass im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die soziale Dimension des ländlichen Tourismus überhaupt nicht vorkomme. Dabei seien besonders in ländlichen Räumen die Löhne am niedrigsten und die Arbeitsbedingungen in Hotels und Gaststätten am schlechtesten. Außerdem brauche der ländliche Raum biologische Vielfalt, um touristisch interessant zu sein. Wenn keine Kühe mehr auf der Weide stünden und lediglich Monokulturen die Felder beherrschten, werde der Tourismus auf dem Lande immer weniger attraktiv. Eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft sei also eine Fehlentwicklung. Damit die Menschen auch zu ihren Urlaubszielen auf dem Land kämen, sei ein flächendeckender, attraktiver und bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr notwendig. Letztlich müsse auch im ländlichen Raum Barrierefreiheit hergestellt werden.

All diese Dinge würden im Antrag der Koalitionsfraktionen nicht angesprochen, der Antrag der SPD-Fraktion käme diesem Anliegen jedoch deutlich näher. Es sei zu bedauern,

dass die SPD-Fraktion bei den Beratungen die positiven Ansätze ihres Antrages nicht noch mehr herausgestellt habe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** lege dar, dass der Tourismus in Deutschland zwar boome, dies aber zwei Seiten habe. Vom Zuwachs der Gästezahlen profitiere in erster Linie der Städtetourismus, die ländlichen Räume befänden sich jedoch in einer Stagnationsphase. Erforderlich seien übergreifende Konzepte für die touristische Entwicklung, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen die ländlichen Räume stünden. Es gebe Probleme unterschiedlichen Ausmaßes wie Kaufkraftverlust, demographischer Wandel, Misere der kommunalen Haushalte oder Klimaveränderung. Die Kernfrage, um die es gehe, nämlich wie über den Tourismus regionale Wirtschaftsstrukturen nachhaltig verbessert werden könnten, würde in beiden Anträgen kaum behandelt. Auch sei zu fragen, wie Mobilität nachhaltig werde. Nur dort, wo Menschen auch unter den Bedingungen veränderten Mobilitätsverhaltens gut hinkämen und wo sie auch im Urlaub mobil sein könnten, könne Tourismus wachsen. Auch müsse dringend etwas gegen den Investitionsstau im ländlichen Bereich getan werden. All diese Probleme müssten im Rahmen einer ehrlichen Bestandsanalyse aufgearbeitet werden. Eine Bundesstudie zu den Tourismuspotenzialen im ländlichen Raum könne hier wesentliche Grundlagen legen. Die entsprechende Forderung im Antrag der SPD-Fraktion werde ausdrücklich unterstützt.

Obwohl der SPD-Antrag insgesamt nicht völlig überzeuge, bringe er jedoch einige Verbesserungen, weshalb die Bündnisgrünen dem Antrag zustimmen wollten. Beim Antrag der Koalitionsfraktionen werde man sich enthalten, weil noch nicht abzusehen sei, ob und wie die Bundesregierung in einigen Punkten die probaten Ansätze umsetzen werde.

Berlin, den 24. Oktober 2012

**Marlene Mortler**  
Berichterstatterin

**Heinz Paula**  
Berichterstatter

**Horst Meierhofer**  
Berichterstatter

**Kornelia Möller**  
Berichterstatterin

**Markus Tressel**  
Berichterstatter



